

## A10 Den Gegnern der Republik mit den Mitteln der Republik begegnen!

Antragsteller\*in: Hermann Kuhn (KV MÖV)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Ein wesentliches und bedrückendes Ergebnis der Bundestagswahl ist der Einzug der  
2 AfD als drittstärkste Kraft in den Deutschen Bundestag. Damit werden im  
3 Bundestag Abgeordnete sitzen, die nationalkonservativ bis nationalistisch und  
4 geschichtsrevisionistisch, bis völkisch und rechtsextrem sind. Sie alle sind  
5 Gegner der Republik, insofern sie im Gegensatz zur Pluralität der  
6 parlamentarischen Demokratie beanspruchen, „das Volk“ direkt zu vertreten.

7 Ein Kern dieser Abgeordneten und ihrer Wähler ist die rechtsextreme Strömung,  
8 die es auch in Deutschland immer gegeben hat und die es auch früher in  
9 unterschiedlichen Formationen in Landtage geschafft hat (in Bremen NPD,  
10 Republikaner, DVU). Neu ist der Erfolg der AfD, weit darüber hinaus Wähler und  
11 Wählerinnen (in kleinerer Zahl) gewinnen zu können. Nur eine von vielen  
12 Ursachen, aber dann doch der entscheidende Treibstoff und Katalysator dafür war  
13 die „Flüchtlingsfrage“.

14 Der Aufstieg der AfD ist Teil einer weithin in der westlichen Welt zu  
15 beobachtenden Bewegung gegen den gegenwärtigen Modernisierungsschub:  
16 Globalisierung, die schnellen Umwälzungen durch Digitalisierung; Welthandel,  
17 offene Grenzen; Vielfalt der Religionen und überhaupt der Lebensstile; weltweite  
18 Krisen und Migrationsbewegungen. Die Antwort der AfD ist das vergebliche und –  
19 wenn versucht – sehr verlustreiche Projekt, die tatsächliche Verflechtung und  
20 sehr komplexe gegenseitige Abhängigkeit der Gesellschaften in sich und  
21 untereinander wieder zurückzudrehen, zu kappen und Sicherheit und Kontrolle  
22 durch Abschottung „zurückzuholen“ (so Anti-Euro- und „Wir holen uns unser Land  
23 zurück“-Slogans der AfD). Die Zumutungen der modernen individuellen  
24 Selbstverantwortung sollen mit dem Rückzug auf „objektive“ kollektive  
25 Identitäten (vor allem der nationalen) abgewehrt werden.

26 Sozio-ökonomisch ist die Wählerschaft der AfD im Großen und Ganzen ein  
27 Spiegelbild der deutschen Gesellschaft, bei der letzten Wahl mit einem leichten  
28 Zuwachs bei geringer Qualifizierten und Arbeitslosen. Der Sammelbegriff der  
29 „Abgehängten“ trifft die Sache daher nicht. Es geht vielmehr um Menschen, die  
30 sich bedroht fühlen und „am Rand“, an der „Peripherie“. An der Peripherie:  
31 geographisch, sozial und kulturell.

32 An der Peripherie geographisch (was aber eben vor allem auch kulturell empfunden  
33 wird): das erklärt einen Teil der AfD-Erfolge in den ostdeutschen Bundesländern.  
34 Die soziale Randstellung und Unzufriedenheit kommt hier dazu, erklärt sicher  
35 auch viele „Proteststimmen“. Wesentlich ist aber das Gefühl, kulturell „an den  
36 Rand“ gedrängt zu werden: durch die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität  
37 (und die Befriedigung daran), die Auflösung fester Lebensformen, die Zumutungen  
38 der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Vielfalt in „Gender, Race und  
39 Diversity“; durch die damit verbundenen Sicherheits- und (Vor-)Machtverluste.  
40 All diese Facetten hat die AfD in der „Flüchtlingsfrage“ zusammenführen können.

41 Wir stimmen mit den Auffassungen und Positionen der AfD in keinem Punkt überein,  
42 wir werden sie weiter mit unseren starken Argumenten für die Demokratie, für die  
43 Lehren aus der Geschichte und die Achtung der Menschenwürde politisch angreifen  
44 und bekämpfen. Schubladen für Partei und ihre Wähler („Nazis“) sind dabei aber

45 nicht hilfreich, weil sie nicht differenzieren und dadurch einige eher erst in  
46 diese Schublade treiben könnten. Auf die Parole „Wir sind das Volk“ können wir  
47 nicht antworten: „Nein, wir sind es“.

48 Für diese Auseinandersetzung ist es wesentlich, dass wir zwischen falschen, aber  
49 legitimen Auffassungen, und illegitimen, weil die Achtung der Menschenwürde  
50 verletzenden, Auffassungen unterscheiden. Die letzteren müssen – auch mit den  
51 Mitteln des Rechtsstaats – bekämpft und zurückgewiesen werden; in diesen Fragen  
52 gilt auch der sonst richtige Grundsatz „mehr Streit unter den Parteien“ nicht.  
53 Hier suchen wir vielmehr die Einheit „aller Demokraten“ bis zur CDU. Die  
54 Existenz der AfD ist für sich allein keine Aufforderung für ein „breites linkes  
55 Bündnis“. Wohl aber die Aufforderung zu verstärkten Anstrengungen für  
56 politischer Bildung zur Demokratie, die lange vernachlässigt wurde.

57 In unseren Augen ganz falsche, aber legitime Auffassungen (zum Beispiel pro  
58 Atomkraft, für eine „Obergrenze“ usw.) sind für die Debatte zugelassen und  
59 müssen deshalb politisch bekämpft werden – wir dürfen sie nicht grundsätzlich  
60 außerhalb des Konsenses stellen und schon dadurch als „erledigt“ ansehen. Das  
61 bedeutet auch, dass wir uns nicht scheuen werden, reale gesellschaftliche  
62 Probleme auch dann zu benennen, wenn die AfD sie ihrerseits zum demagogischen  
63 Ausgangspunkt ihrer Politik macht. Das gilt auch für das Bedürfnis nach  
64 Sicherheit und „Aufgehobenheit“.

65 Stehende Floskel ist inzwischen, man müsse nun „die Ängste der AfD-Wähler ernst  
66 nehmen“. Unsere Antwort darauf ist: Wir wollen die Ängste aller Bürgerinnen und  
67 Bürger ernst nehmen – auch die Ängste der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns  
68 kommen, der Opfer von Mietwucher und, und. Aber wir wollen die Ängste nicht  
69 schüren und ausbeuten, sondern sie aufklären und wo möglich in einen Antrieb für  
70 Lösungen verwandeln.

71 Unsere Auseinandersetzung mit der AfD (und ihren Umfeldorganisationen) ist nicht  
72 eine Auseinandersetzung zwischen „Links“ und „Rechts“, sondern eine  
73 Auseinandersetzung zwischen Demokratie, Republik und Menschenrechten auf der  
74 einen und anti-pluralistischen, anti-parlamentarischen und identitären, auf den  
75 Ausschluss von Minderheiten von den Menschenrechten zielenden Ideologien und  
76 Bewegungen.

77 Eine bessere Sozialpolitik zur Ermächtigung der BürgerInnen zur Teilhabe;  
78 sozialer Ausgleich und Zusammenhalt der Gesellschaft sind Kernthemen der Grünen,  
79 auch ganz ohne die AfD. Demokratische politische Kultur lässt sich jedoch nicht  
80 mit höheren Staatsausgaben „kaufen“. Akzeptanz der Komplexität politischer  
81 Entscheidungen, Vertrauen in Debattieren, Abwägen und Kompromissbildung, also  
82 auch Respekt vor parlamentarischer Demokratie können wir nur durch gute  
83 Anwendung dieser Mittel selbst verteidigen und zurück gewinnen. Die Schlüssel  
84 sind Respekt und politischer Streit.

## Unterstützer\*innen

Helga Trüpel (KV MÖV); Henrike Müller (KV MÖV); Kirsten Kappert-Gonther (KV Nordost); Daniel Buscher (KV MÖV); Linda Neddermann (KV Kreisfrei)